

## Max Weber schreibt in der *Berliner Börsenzeitung* vom 25. Februar 1919 (Auszüge)

Der erste Reichspräsident ist von der Nationalversammlung gewählt worden. Der künftige Reichspräsident muss unbedingt vom Volke unmittelbar gewählt werden. Die entscheidenden Gründe dafür sind die folgenden:

1. Da der Bundesrat [...] jedenfalls in irgendeiner Gestalt in die neue Reichsverfassung  
5 übernommen werden wird – denn es ist vollkommen utopisch zu glauben, dass die Träger der Regierungsgewalt und Staatsmacht: die von den Völkern der Einzelfreistaaten bestellten Regierungen, sich bei der Willensbildung des Reichs, vor allem: der Reichsverwaltung, ausschalten lassen –, so ist die Schaffung einer unzweifelbar auf dem Willen des Gesamtvolkes, ohne Dazwischenkunft von Mittelsmännern, ruhenden Staatsspitze ganz  
10 unumgänglich. [...]
2. [...] Möchte sie [die Sozialdemokratie] doch bedenken, dass die vielberedete »Diktatur der Massen« eben: den »Diktator« fordert, einen selbstgewählten Vertrauensmann der Massen, dem diese so lange sich unterordnen, als er ihr Vertrauen besitzt. Eine kollegiale Spitze, in der dann natürlich alle größeren Bundesstaaten und ebenso alle größeren Parteien jede ihren Vertreter verlangen würden, oder eine parlamentsgewählte Spitze [...] könnte in die Verwaltung niemals jene Einheit bringen, ohne welche ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft, gleichviel auf welcher Grundlage, unmöglich ist. Man Sorge dafür, dass der Reichspräsident für jeden Versuch die Gesetze anzutasten oder selbstherrlich zu regieren, »Galgen und Strick« stets vor Augen sieht. Man schließe eventuell, um jede  
15 Restauration auf dem Wege des Plebiszits zu hindern, Mitglieder der Dynastien aus. Aber man stelle das Reichspräsidium fest auf eigene, demokratische Füße.  
20 [...]
4. Die Wirkung des Verhältniswahlrechts verstärkt dies Bedürfnis. Bei den nächsten Wahlen wird eintreten, was bei diesen sich erst im Keim zeigte: die Berufsverbände [...] werden die Parteien zwingen, lediglich zum Zwecke des Stimmenfangs derer (der Berufsverbände) besoldete Sekretäre an die Spitze der Listen zu stellen. Das Parlament wird so eine Körperschaft werden, innerhalb derer solche Persönlichkeiten, denen die nationale Politik »Hekuba«<sup>1</sup> ist, die vielmehr, der Sache nach, unter einem »imperativen« Mandat von ökonomischen Interessen handeln, den Ton angeben: ein Banausenparlament –  
25 unfähig, in irgendeinem Sinne eine Auslesestätte politischer Führer darzustellen. Dies muss hier offen und nackt gesagt werden. Zusammen aber mit dem Umstand, dass der Bundesrat durch seine Beschlüsse den Ministerpräsidenten (Reichskanzler) weitgehend bindet, bedeutet dies eine unvermeidliche Schranke der rein politischen Bedeutung des Parlaments als solchem, die unbedingt ein auf dem demokratischen Volkswillen ruhendes Gegengewicht fordert.  
30 [...]
5. Der Partikularismus ruft nach einem Träger des Reichseinheitsgedankens. Wir wissen nicht, ob die Entwicklung rein regionaler Parteien nicht weiter fortschreitet. Stimmung dafür ist da. Das wird auf die Mehrheitsbildung und die Zusammensetzung der Reichsministerien unweigerlich auf die Dauer zurückwirken. Die Wahlbewegung bei der Bestellung eines volksgewählten Reichspräsidenten bildet einen Damm gegen das einseitige Überwuchern solcher Tendenzen [...].  
35 [...]
6. Früher, im Obrigkeitsstaat, musste man für die Steigerung der Macht der Parlamentsmehrheit eintreten, damit endlich die Bedeutung und damit das Niveau des Parlaments gehoben würde. Heute ist die Lage die, dass alle Verfassungsentwürfe einem geradezu blinden Köhlerglauben<sup>2</sup> an die Unfehlbarkeit und Allmacht der Mehrheit – nicht etwa des Volkes, sondern der Parlamentarier – verfallen sind: das entgegengesetzte, ganz ebenso  
45 [...]

<sup>1</sup> Die Redensart: »Das ist mir Hekuba« (im Sinne von »Das bedeutet mir nichts«) geht auf eine Stelle in Shakespeares Drama *Hamlet* zurück. Hamlet wundert sich über die Fähigkeit eines Schauspielers, um das Schicksal Hekubas (Hekabes), der Königin von Troja, mithin einer Sagenfigur, Tränen zu vergießen, während er, Hamlet, trotz des eben erst an seinem Vater verübten Verbrechens, völlig gefühllos bleibe.

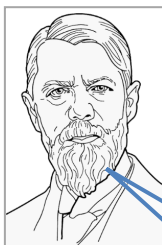
<sup>2</sup> Der Ausdruck **Köhlerglaube** bezeichnet einen lediglich auf der Aussage anderer beruhenden, unbedingten Glauben. Angeblich rührt die Bezeichnung davon her, dass ein Köhler (Sinnbild für einen schlichten Menschen) einem Theologen auf die Frage, was er denn glaube, antwortete: »Was die Kirche glaubt«.

undemokratische Extrem. Man schränke die Macht des volksgewählten Präsidenten ein wie immer und Sorge dafür, dass er nur in zeitweilig unlösbaren Krisenfällen (durch suspensives Veto und Berufung von Beamtenministerien) [...] in die Reichsmaschinerie eingreifen kann. Aber man gebe ihm durch die Volkswahl einen eigenen Boden unter die Füße. [...]

7. Nur ein volksgewählter Reichspräsident kann in Berlin neben der preußischen Staatsspitze eine andere als eine rein geduldete Rolle spielen. [...] Ein nicht durch Wahl des Gesamtvolks gewählter Reichspräsident würde daher der preußischen Staatsspitze gegenüber eine geradezu erbärmliche Rolle spielen und die Übermacht Preußens in Berlin und dadurch im Reich erneut und in sehr gefährlicher, weil partikularistischer Form entstehen.

Es ist an sich verständlich, wenn Parlamentarier ungern das Opfer der Selbstverleugnung bringen, die Wahl des höchsten Reichsorgans aus den eigenen Händen zu geben. Aber es muss geschehen [...]. Möge die Demokratie nicht ihren Feinden die Agitationswaffe gegen das Parlament in die Hand drücken. Wie diejenigen Monarchen nicht nur am vornehmsten, sondern auch am klügsten handelten, welche rechtzeitig ihre eigene Macht zugunsten parlamentarischer Vertretungen begrenzten, so möge das Parlament die Magna Charta<sup>3</sup> der Demokratie: das Recht der unmittelbaren Führerwahl, freiwillig anerkennen. [...] Ein volksgewählter Präsident als Chef der Exekutive, der Amtspatronage und (eventuell) Inhaber eines aufschiebenden Vetos und des Befugnisses der Parlamentsauflösung und Volksbefragung ist das Palladium der echten Demokratie, die nicht ohnmächtige Preisgabe an Klüngel, sondern Unterordnung unter selbstgewählte Führer bedeutet.

In: Zeno.org (<http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max/Schriften+zur+Politik/Der+Reichspraesident>)

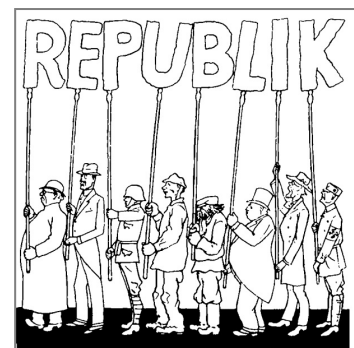


**Max Weber** (1864-1920), deutscher Soziologe und Nationalökonom. Er gilt als einer der Klassiker der Soziologie sowie der gesamten Kultur- und Sozialwissenschaften. Mit seinen Theorien und Begriffsprägungen hatte er großen Einfluss insbesondere auf die Wirtschafts-, die Herrschafts- und die Religionssoziologie. Mit seinem Namen verknüpft sind die »Protestantismus-Kapitalismus-These«, das Prinzip der »Werturteilsfreiheit« sowie die Unterscheidung von »Gesinnungs-« und »Verantwortungsethik«.

»Alle politischen Gebilde sind Gewaltgebilde.«

Qui nihilum scit, omnia credere debet!

HK 2018/2019



Die Weimarer Republik (1919-1933)

<sup>3</sup> Die **Magna Carta** (auch **Magna Charta**, Langform **Magna Carta Libertatum**, ist eine von König Johann (Ohneland) zu Runnymede in England am 15. Juni 1215 besiegelte Vereinbarung mit dem revoltierenden englischen Adel. Sie gilt als die wichtigste Quelle des englischen Verfassungsrechts. Ein bedeutender Teil der **Magna Carta** ist eine wörtliche Kopie der **Charter of Liberties** Heinrichs I. von 1100, die dem englischen Adel seine Rechte gewährte. Die **Magna Carta** verbriefte grundlegende politische Freiheiten des Adels gegenüber dem englischen König.